

Nebrauer Anzeiger

Wöchentliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Ercheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wihl. Sauer in Hohenleben.
Druck-Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Hohenleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weig, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Hohenleben Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Werktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtparkasse Nebra — Bankverein Artern.

Nr 108

Donnerstag, den 10. September 1931

44. Jahrgang

Verzicht auf eine Debatte.

Das Haager Gutachten über die Jullonien vom Rat ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.

Genf, 7. September.

Nach Eröffnung der 12. Vollversammlung des Völkerbundes trat der Rat wieder zu einer Sitzung zusammen. Den wichtigsten Punkt der Verhandlung bildete die Stellungnahme zu dem Gutachten des Haager Gerichtshofes. Eröffnet wurde die Sitzung mit der Beratung des ungarischen Antrags auf Verhängung der finanziellen Sanktionen, der folglich an das Finanzkomitee zur Weiterberatung überwiesen wurde. Alsdann sprach der griechische Ministerpräsident Venizelos über den griechisch-bulgarischen Reparationsstreit.

Zum Schluß der Ratssitzung teilte der Ratpräsident mit, daß eine Ausfertigung des Haager Gutachtens noch nicht eingegangen sei, daß ihm aber auf telephonischer Anfrage die Abfassung des Textes bestätigt worden sei.

Am 3. September im Europaausschuß abgegebenen Erklärungen, über die den Ratsmitgliedern ein Protokoll offiziell zugegangen sei, so führte der Ratpräsident weiter aus, bestche für den Rat keine Veranlassung, die Prüfung der Angelegenheit weiter zu verfolgen.

Er sprach dem Haager Gerichtshof den Dank aus für die rasche und vollständige Erledigung der ihm übertragenen Aufgabe. Zum Vorschlag des Ratpräsidenten wurde darauf folgende Entschließung einstimmig ohne Aussprache angenommen.

„Der Rat nimmt von dem Gutachten des Haager Gerichtshofes über das Projekt einer deutsch-österreichischen Jullonien Kenntnis. Mit Rücksicht auf die am 3. September im europäischen Studienausschuß abgegebenen Erklärungen ist er der Auffassung, daß für ihn kein Anlaß mehr besteht, die Prüfung der Angelegenheit fortzusetzen.“

Deutschland in den Völkerbundsanktionen.

Die deutsche Abordnung wird in sechs großen Ausschüssen der Völkerbundsversammlung folgendermaßen vertreten sein: Erster Ausschuß (Rechtswesen) Dr. Curtius Gauß und Göppert sowie Professor Wendelslohn; zweiter Ausschuß (Wirtschaft und Finanzen) Lammer, Meljor und Kemper; dritter Ausschuß (Abwicklung) Graf Bernstorff und von Weizsäcker; vierter Ausschuß (Sanktionsfragen des Völkerbundes) Graf Bernstorff; fünfter Ausschuß (sozial- und hygienische Fragen) Frau von Bänder und Frau Johanna Sarnack; sechster Ausschuß (politische und Widerstandsfragen) Dr. Curtius, Gauß und Mutius.

Die Vizepräsidenten des Völkerbundes

Curtius für Mexiko eintritt.

Genf, 9. September.

An der Völkerbundsversammlung hat sich das Präsidium konstituiert. Bei der Wahl der Vizepräsidenten erhielten Briand 44, Lord Robert Cecil 43, Wolfsohn 43, Dr. Curtius 42, Graf Apponi 39 und Restrepo (Kolumbien) 32 Stimmen. Die Wahl erfolgte in geheimer Abstimmung. Von den 52 anwesenden Delegierten hatten sich 49 beteiligt. Die Wahl des deutschen Delegierten wurde ebenso wie die des Grafen Apponi von der Versammlung mit Beifall begrüßt.

Hierauf beschloß die Völkerbundsversammlung, in die sofortige Beratung des Antrags, eine Sympathieunterstützung an Mexiko zu erteilen, einzutreten. Als erster Redner ergriß

Reichsaussenminister Dr. Curtius

das Wort zu folgender Erklärung:

„Als Vertreter des Deutschen Reiches, das sich Mexiko gegenüber durch hundsjährige Bande einer ununterbrochen anwachsenden Freundschaft verbunden fühlt, habe ich den Antrag auf Einladung Mexikos mit Freuden angenommen.“

Nicht nur die zahlreichen Mitgliedsstaaten des spanischen Kulturkreises, sondern wir alle legen auf die tatkräftige Mitarbeit dieses Landes an den Aufgaben des Völkerbundes den größten Wert. Wir sind uns doch wohl bewusst, daß der Tätigkeit des Völkerbundes ein um je größerer Gewicht zukommt, je mehr sich kein Kreis zur Universalität ausweitet. Zu dieser Universalität wird ein wichtiger Schritt getan, wenn Mexiko dem Völkerbund angehört.“

Wir können dem Präsidenten der mexikanischen Republik, General Ortiz Rubio, und seinem Lande ebenso wie dem Völkerbund nur Glück dazu wünschen, wenn seine Regierung tatsächlich den Antrag um Aufnahme stellen wird.“

Der britische Delegierte, Lord Robert Cecil, der spanische Delegierte D. Madariaga, der französische Außenminister Briand, der italienische Außenminister Graf Bernstorff, der japanische Delegierte Wajima sowie die Vertreter von Peru, Kanada, Portugal und Kolumbien begrüßten ebenfalls die Einladung Mexikos.

Schließlich wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der die Verankerung Mexiko eintritt, dem Tat besitzet und dem Völkerbund jene wertvolle Mitarbeit zu leisten, wie wenn es von Anfang an eingeladen worden wäre.

Nachdem die Verankerung noch eine von der britischen Delegation vorgelegene Sympathieunterstützung für China anlässlich der Ueberflutungssturzflut in Jangtschi-Tal angenommen hatte, wurde die allgemeine politische Aussprache eröffnet.

Grandis Abrüstungsrede.

Als erster Redner nahm der italienische Außenminister Grandi das Wort. Um Mittelpunkt seiner Ausführungen stand die Abrüstungsfrage, die wie er sagte, nach Ansicht der italienischen Regierung der Summationspunkt sei, um den sich alle anderen Probleme drehen. Grandi ging zunächst auf die Zusammenhänge zwischen Abrüstung, Sicherheit und Schiedsgerichtsbarkeit ein, wobei er wiederum besonders betonte, daß die wahre Sicherheit eine effektive Abrüstung zur Voraussetzung habe.

Die Völkerbundsauflage, so führte Grandi aus, verpflichtete aus, abzurufen. Diese Verpflichtung ergebe sich aber noch aus anderen, tieferen Gründen. Das Bewußtsein der Solidarität der Völker sei fester geworden. Grandi verwies in diesem Zusammenhang auf die großzügige Initiative des Präsidenten der Vereinigten Staaten, Hoover.

Kolten verlangt Abrüstungsstillstand.

In seinen weiteren Ausführungen erklärte Grandi: Die italienische Regierung schlägt vor, daß man bereits jetzt und unversöhnlich einen wirksamen und wirksamen Stillstand der Rüstungen — wenigstens während der Dauer der Abrüstungskonferenz — beschließt. Die Mächte müssen gegenwärtig die Frage prüfen, ob nicht während des Zeitraumes der Vorbereitung der Abrüstungskonferenz diejenige Staaten, die sich endlich verpflichtet haben, an der Konferenz teilzunehmen, bereits vorbereitende Maßnahmen ergreifen können.

Der Völkerbundsrat hat seinerseits den Vorschlag gemacht, vor der Abrüstungskonferenz eine vorbereitende Züftungnahme zwischen den Regierungen herbeizuführen. Im Geiste dieser Empfehlungen scheint es daher erforderlich zu sein, sofortige und praktische Maßnahmen zu ergreifen. Ein entscheidendes allgemeines Abkommen zwischen den Staaten in dem Sinne, daß die Staaten darin einwilligen, die Durchführung ihrer neuen Abrüstungsprogramme zeitweilig während der Dauer der Abrüstungskonferenz einzustellen, würde den Völkern ein erstes Beispiel des guten Willens der Regierungen zeigen und würde andererseits für die Abrüstungskonferenz eine schnelle und vertrauensvolle politische sowie psychologische Atmosphäre schaffen, die mehr als jede grundsätzliche Erklärung zu dem Erfolg der Abrüstungskonferenz beitragen wird.

Ein großer Tag.

Eröffnungssitzung des Unterhauses.

London, 9. September.

Bei seinem Zusammenritt zeigte das Unterhaus ein völlig anderes Bild als in der letzten Sitzung. Fast alle Mitglieder der Arbeiterpartei sind in die Ränge der Opposition eingerückt, während die Konventionen mit den Liberalen auf den Regierungsbänken Platz genommen haben. In Erweiterung auf eine Frage Hendersons im Unterhaus erklärte Macdonald, die Regierung werde die Vertrauensfrage stellen.

Als dann Henderson auf den Wunsch der Regierung antwortete, die Debatte über die Entschlüssen zum Budget am Donnerstag abzuschießen, und gegen eine solche Übertragung in einem Augenblick die Kräfte prostritiert, ergriff er sich unter dem Beifall der Anhänger der Regierung und dem Gegenbeifall der Opposition der erste Zusammenstoß zwischen Henderson und seinem früheren Führer, Macdonald erwiderte lachsfroh, er freue sich, daß Henderson sage, daß man sich in einer Krise befinde.

Darauf wurde eine förmliche Botschaft vorgelesen, in der es heißt: Nach Auffassung der Minister Seiner Majestät macht es die gegenwärtige Lage der Finanzen des Landes notwendig, zuzulässige Steuern zu erheben und Wirtliche an den Ausgaben vorzunehmen. Seine Majestät unterrichtet die Frage seinem treuen Unterhause zur Prüfung und hofft, daß dieses die entsprechenden Maßnahmen beschließen werde.

Im Anschluß an die Botschaft empfahl Macdonald die Einlegung eines „Auswieses für Mittel und Wege“, wobei er sich auf kurz über die Vorgehensweise der Krise äußerte. Was die Kürzungen betreffe, werde er selbst 2000 Mark zu legen haben. In der dritten Augustwoche, so betonte er, seien die Kredite erschöpft und England gezwungen gewesen, eine neue Anleihe aufzunehmen, um eine Erstärkung der Währung zu verhindern. Die Regierung habe kraftvoll und ohne Rücksicht auf die Parteimajestät handeln müssen. Sei die Krise überwunden, dann könne man sich wieder Fragen wie der der Kriegsschulden zuwenden.

Wenn von der Opposition gelagt werde, die Finanzen habe die Ereignisse beeinflusst und wolle den Staat kontrollieren, dann stelle er fest, daß diese Behauptung jeder Verantwortlichkeit entbehrte. Angesichts der weitreichenden Verhandlungen, die ziemlich bald über die Reparationsabkommen begonnen werden müssen, und mit deren Erörterung nur angefangen werden könnte, wenn der allerbeste Wille zwischen Frankreich, Amerika und England geschaffen sei, müsse die Nation zusammenleben.

Zu der Frage nach der möglichen Umbau der Regierung betonte Macdonald, daß es ihre Pflicht sein würde,

so lange im Amte zu bleiben, bis die Welt aufs neue davon überzeugt sei, daß der Stierling unangreifbar sei. Wenn das Unterhaus entscheiden würde, daß nicht mehr getan werden könne, dann würde die Regierung bereit sein, ihre Amtsgelbe dem König zurückzugeben.

Anschließend an Macdonalds Ausführungen betonte der Führer der Opposition

Henderson,

daß man sich, wenn das Budget balanzierter werden sollte, an die wenden müsse, die am meisten haben. Zwei Sparmaßnahmen könne die Opposition nicht billigen. Eine Einmischung in die Wirtschaft der logischen Dienste und eine Herabsetzung des Lebensstandards durch Beschränkung der Arbeitslosenbezüge. Die ehemalige Arbeiterregierung hat Sparmaßnahmen im Umfang von 56 Millionen Pfund provisorisch angenommen. Einen Tag nach dieser Annahme wurde mitgeteilt, daß weitere 25 bis 30 Millionen Pfund eingepart werden müßten, und daß in der Hauptsache die Ersparnisse zu Lasten der Arbeitslosen erfolgen müßten.

Vorbereitung zum Aufstand.

65 Kommunisten bei militärischen Übungen festgenommen.

Gotha, 9. September.

Die Polizeidirektion Gotha teilt mit, daß eine kommunistische Abteilung in der Fflur Waltershausen—Langenhain am Ziegenberg eine Geländeübung abhielt. Bei dieser Übung erweckte das Verhalten der Teilnehmer den Anschein, daß es sich um eine Organisation handele, die künftige Vorbereitungen zum bevorstehenden Aufstand führt. Von der thüringischen Polizeidirektion Gotha wurde alsbald nach Bekanntwerden ein weiteres Kommando von Schuttpolizei- und Kriminalpolizeibeamten zu weiteren Feststellungen nach dem Gelände am Ziegenberg entsandt.

Es wurden 65 Personen in der Nähe der Schießanlage des Arbeiterjugendvereins Waltershausen und auch in dem Grundstück selbst angetroffen und zwangsgestellt. Die Feststellungen ergaben, daß die zwangsgestellten Personen offenbar zu einer kommunistischen Schulung zusammengekommen waren.

Aus dem vorgefundenen und beschlagnahmten Material konnte erfahren werden, daß es sich um Mitglieder kommunistischer Organisationen handelte, die insbesondere dem Putschbund gegen den Faschismus angehören. Die Staatsanwaltschaft hat die Angelegenheit zur weiteren Verfolgung in die Hände genommen.

Die Lage am Arbeitsmarkt.

Langsame Anzeichen der Arbeitslosigkeit.

Berlin, 9. September.

Am 31. August waren bei den Arbeitsämtern rund 4 195 000 Arbeitslose gemeldet; die Zunahme gegenüber dem letzten Stichtag belief sich auf rund 91 000 und blieb damit hinter der Zunahme in der ersten Hälfte des Monats (rund 114 000) zurück. Die Zahl der Unterhaltungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und Kreisfürsorge ist um rund 96 000 gestiegen, während im vorhergehenden Berichtsabschnitt beide Unterhaltungsbeirteilungen zusammen einen Zugang von rund 49 000 zu verzeichnen hatten.

Am 31. August wurden nach den vorläufigen Zahlungen der Arbeitsämter in der Arbeitslosenversicherung rund 281 000 (am 16. August 1 225 000), in der Kreisfürsorge rund 1 095 000 (am 15. August rund 1 055 000) Hauptunterhaltungsempfänger betreut. Angesamt hat die Arbeitslosigkeit seit dem sommerlichen Zeitpunkt nicht stärker zugenommen als während der gleichen Entwicklungsperiode des Vorjahres, nur der Ausgangspunkt liegt in diesem Jahre erheblich höher. Die Zahl der Arbeitslosenerwerbslosen belief sich Ende Juli auf rund 1 063 000.

Jugendliche Arbeitslose im Winter.

Einrichtung von Bildungslehrgängen.

Von der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung werden nuremehr die Zahlen über die Beteiligung der jugendlichen Arbeitslosen im letzten Winter bekanntgegeben, und zwar sind in der Zeit der höchsten Arbeitslosigkeit, vom 1. Januar bis etwa Anfang April 1931 durch die Maßnahmen der Arbeitsämter etwa 120 000 jugendliche Arbeitslose erfaßt worden.

In diesem Ausmaß wurde jugendlichen Arbeitslosen die Teilnahme an beruflichen Bildungsvorrichtungen der Arbeitsämter oder anderer Einrichtungen mit Hilfe von Mitteln der Reichsanstalt oder des Reichsarbeitsministeriums ermöglicht. Im Durchschnitt waren 25 v. H. der Gesamtzahl weibliche Arbeitslose.

Eigene Einrichtungen der Arbeitsämter sind nur in wenigen Fällen gelassen worden. Für die Durchführung der Maßnahmen war der beachtenswerte Umfang maßgebend, dem mehrfach in der Reihe der Maßnahmen, die für die Beschäftigung arbeitender Jugendlicher angeboten wurden, während andererseits unter den Arbeitslosen zahlreiche Ingenieure, Werksmeister, ehemalige selbständige Handwerkermeister, Facharbeiter und Lehrer als geeignete Kräfte für den Unterricht zur Verfügung standen. Das Interesse der Jugendlichen für praktische, von Fachleuten geleitete Lehrgänge ging — im Gegensatz

zu theoretischem Unterricht — lo weit, daß wiederholt nicht alle Meldungen der Arbeitslosen berücksichtigt werden konnten; aus eigenem Antrieb wurde oft über die 'eingelegte Stundenzahl hinaus gearbeitet, um begonnene Arbeiten bis zum nächsten Morgen fertigzustellen.

Im kommenden Winterjahr wird die Arbeit nach den Plänen der Reichsaussch. die bereits angefaßt sind, erneut und in verstärktem Umfang in Angriff genommen werden müssen.

Ein Bedürfnis nach Fortführung der Maßnahmen liegt schon deshalb vor, weil Arbeitslosen, Hilfsarbeiten und Arbeiten im freiwilligen Arbeitsdienst aus jahreszeitlichen Gründen zurücktreten werden, so daß eine Ersparnis größerer Massen von städtischen Jugendlichen auf diesen Wegen nicht gemahnt erscheint. Weithin wird nach dem neuen Plan bei den Veranstaltungen für erwerbslose Jugendliche der praktischen Arbeit und der praktischen Anschauung eine zentrale Stellung eingeräumt werden, die Berufsaussicht zu unterbauen und sie so zu fördern, daß der Arbeitslose zu seiner Zeit den Anstoß zu seinem Beruf verliert. Außerdem ist von großem Wert eine produktive Anlage der Arbeit der Jugendlichen, wie sich das bereits im vergangenen Winter sehr gut bewährt hat.

Winterhilfe.

Auch die Leno stellt sich zur Verfügung.

Die Hauptstelle der Technischen Nothilfe gibt folgendes bekannt:

In der Ueberzeugung, daß die Technische Nothilfe bei der Durchführung der umfangreichen und schwierigen Aufgaben, vor die die Verbände der Wohlfahrtspflege bei der Durchführung der geplanten Winterhilfsaktion gestellt sind, in vieler Beziehung Mithilfe leisten kann, hat die Hauptstelle den in Betracht kommenden Stellen die Mitarbeit der Technischen Nothilfe angeboten.

Auf Grund der Erfahrungen früherer Jahre und vor allem des letzten Winters kommt hauptsächlich die Gefestigung von Helfern und Helferinnen für die Durchführung von Sammlungen jeglicher Art, für die Verteilung von Liebesgaben, für Lebensmitteltransporte und für Einrichtung von Nothilfsstellen, aber auch nach Maßgabe des Bestandes die Bereitstellung von Geldmitteln, Transportmitteln usw. in Frage. Alle Dienststellen im Reich, alle Ortsgruppen, Bereitschaftstruppen und Obmänner der Technischen Nothilfe sind bereits angewiesen, dem Winterhilfsdienst jede mögliche personelle und materielle Unterstützung zu leisten.

Besserung der Kriegsoberrenten.

Sitzung des Reichsausschusses für Kriegsoberrenten.

Die Organisations- und die Vertreter der Hauptorganisationen der Kriegsoberrenten, die in Gegenwart eines Vertreters des Arbeitsministeriums tagten, konnten in der Beratung der 2. Notverordnung des Reichspräsidenten, soweit sie Kriegsoberrenten betraf, eine Einigung erzielen. So wurde eine Besserung der Renten für Kriegsoberrenten, eine Milderung der Anrechnung der Renten auf die Arbeitslosenunterstützung bei arbeitslosen Kriegsoberrenten und Kriegsoberrenten, eine Milderung der Ruhebestimmungen für Verletzte, die öffentlichen Einkommen beziehen, sowie grundsätzliche Veränderungen auf dem Gebiete der Gewährung von Zulagen der Reichsregierung empfohlen. Aus den Äußerungen des Regierungsvizepräsidenten ist zu entnehmen, daß die Wünsche des Reichsausschusses in einer demnächst zu verfassenden Notverordnung Berücksichtigung finden.

Beginnende Einsicht.

„République“ über das Ende der Reparationen.

Paris, 9. September.

In einem Artikel der „République“ wird erklärt, Deutschland habe zwar in den ersten sieben Jahren 11 200 000 000 Goldmark an Reparationen bezahlt, aber in der gleichen Zeit nicht weniger als 18 Milliarden Goldmark geliehen bekommen. Deutschland könne seine Reparationen nur von Ausfuhrüberschüssen begleichen.

Es werde also für Frankreich ein immer weniger guter Absatzmarkt, aber ein immer stärkerer Konkurrent. Gewisse Franzosen seien zwar der Meinung, daß das Ende der Reparationen ein Unglück sein werde, in Wirklichkeit aber wäre das Ende der Reparationen für Frankreich nur eine Erparnis.

Zweite Konferenz am Runden Tisch.

London, 8. Septbr.

Die zweite Tagung der Indienkonferenz am Runden Tisch wurde im St. James Palace von dem Vorsitzenden des Ausschusses für den bundesstaatlichen Ausbau des Indischen Reiches, Lord Sankey, eröffnet. Von 81 indischen Vertretern ist bisher nur die Hälfte eingetroffen. G a n d h i wird Ende der Woche in London erwartet und wird an der Konferenz teilnehmen, sobald sie die praktischen Arbeiten in Angriff nimmt. Ministerpräsident M a c d o n a l d, der kurze Zeit anwesend war, begrüßte die Konferenzteilnehmer und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die guten Beziehungen, die sich auf der ersten Indienkonferenz zwischen der Regierung und den Konferenzteilnehmern angebahnt hätten, fortbauert würden und daß die Arbeiter dieser Konferenz zu einem erfolgreichen und alle Teile befriedigenden Abschluß kommen möchte.

Der König von England verzicht auf eine Million. London, 8. Septbr. Der König gab dem Premierminister seine Absicht bekannt, die ihm ausgesetzte Summe von 50 000 Pfund Sterling verzichten zu lassen, um so auch persönlich zur Herabsetzung aller Ausgaben beizutragen. MacDonald sprach dem König und der königlichen Familie den Dank für dieses hochherzige Beispiel aus. Er dankte auch dem Prinzen von Wales, der ebenfalls er keine Summe erhält, einen Betrag von 10 000 Pfund dem Staatshaushalt zuzuwenden will.

Chile in Aufruhr.

Die Aufständischen sollen sich ergeben haben.

Das Bild, das die Rabel aus Santiago über die Lage in Chile zeichnen, ist sehr wirr. Sicher waren die Kämpfe zwischen den Aufständischen und den Regierenden, die immer neue Tote und Verwundete forderten, sehr heftig. Es scheint, daß die Aufständischen überall, wo sie sich festsetzen konnten, von den Regierungstruppen wieder geschlagen wurden. Die Popularität scheint nicht so groß zu sein, wie

man zunächst annehmen mußte. Jedenfalls rechnet die Regierung mit weitgehender Unterstützung durch die Bevölkerung.

Mit 80 Flugzeugen ist man auf die in Coquimbo vor Anker liegende Flotte losgegangen. Das Bombardement scheint aber wesentliche Verluste und großen Schaden noch nicht angerichtet zu haben.

Der größte Teil der Flotte gehört zwar noch zu den Aufständischen, jedoch will die Regierung durch Ausbungen einem Ultimatum, die zu diesem Luftangriff nur den Auftakt bot, noch größere Wirkung geben. Somit sind die Häfen in Hand der chilenischen Regierung. Damit ist die Operationsbasis der Aufständischen wesentlich kleiner geworden, und man mußte eigentlich damit rechnen, daß die Kapitulation vor der Regierung nicht mehr lange ausbleiben kann.

Nach den letzten Nachrichten sollen die Aufständischen sich der Regierung bedingungslos ergeben haben. Die Nachricht löste in der Hauptstadt ungeheuren Jubel aus. Die Bevölkerung füllte die Straßen und tanzte und sang. In einer amtlichen Mitteilung wird festgestellt, daß die Wiedereinnahme der Aufständischen nach der Androhung eines erneuten Bombardements erfolgte.

Die Flottenmeuterei in Chile niedergeschlagen.

Neuport, 8. Septbr. Nach einer Meldung der Aft Press aus Santiago de Chile wird jetzt offiziell bestätigt, daß die meuterische Flotte sich bedingungslos ergeben hat.

Deutsche Tageschau.

Die Verhandlungen für Weizenkäufe.

Verhandlungen, die schon seit einiger Zeit mit dem amerikanischen Farmamt über die Lieferung von Weizen auf längere Kredit geführt werden, machen gute Fortschritte. Falls keine unvorhergesehenen Schwierigkeiten auftreten, ist damit zu rechnen, daß schon in Kürze abgeschlossen werden kann. Immerhin muß festgestellt werden, daß Deutschland kein Interesse daran hat, diese Verhandlungen zu beschleunigen, um so weniger, als auch vom kanadischen Farmer-Pool günstige Angebote vorliegen. Es handelt sich um eine Menge, die auf keinen Fall 300 000 Tonnen überschreiten wird.

Verbände gegen französischen Ministerbesuch.

Das Präsidium der Vereinigten Vaterländischen Verbände Deutschlands hat in einem Schreiben den Reichstagskanzler gebeten, den Besuch der französischen Minister in Berlin auf diplomatischem Wege zu verhindern, da das deutsche Volk es nicht ertragen könne, wenn nach allem, was es gerade in den letzten Monaten in Frankreich erfahren habe, die französischen Minister in der Reichshauptstadt als Gäste gefeiert würden.

Nachfrage zum Sines-Preis.

Landgerichtsdirektor Arndt ist nach Berlin zurückgekehrt und bereit von dem Kammergerichtspräsidenten zu den Beschuldigungen, die im Zusammenhang mit dem Sinesprozeß liegen, gehört werden. Der Kammergerichtspräsident hat die zu der Aufklärung des Sachverhaltes weiter noch erforderlichen Maßnahmen getroffen und ein Senatsspräsidenten des Kammergerichts mit der Untersuchung beauftragt.

Auslands-Rundschau.

Deutsch-russische Schlichtungsverhandlungen.

Die Regierung der Sowjetunion ernannte das Mitglied des Kollektivs des Volkskommisariats des Äußeren Stomozjow und den stellvertretenden Vorsitzenden der Verwaltung der Staatsbank Artus zu Delegierten der demnächst beginnenden 3-ten Tagung des deutsch-russischen Schlichtungsausschusses, der die im letzten Jahr unerledigt gebliebenen Streitfragen behandeln soll.

Prozeß gegen die Verhandlungen mit Rußland.

In einem Schreiben des schäftlichen Senatsors Ceard an den Ministerpräsidenten protestiert der Senator gegen die deutsch-russischen Verhandlungen. Wenn diese Verhandlungen, die den französischen Interessen abträglich seien, nicht eingestellt würden, werde er von der Senatstruppe dagegen protestieren. Bereits im Juli hatte der Senator die Regierung über die deutsch-russischen Verhandlungen interpellieren wollen, doch damals auf Erfragen des Ministerpräsidenten seine Interpellation zurückgezogen.

Verhandlung zwischen Madrid und Barcelona.

Das katalanische Parlament hat nach einer Besprechung mit Oberst Macia die Änderungen des Verfassungsentwurfs gebilligt, die zwischen Oberst Macia und Ministerpräsident Zamora in Madrid vereinbart worden waren, um die katalanische Verfassung mit der spanischen Verfassung in Einklang zu bringen.

Kleine politische Meldungen.

Landtagswahl in Hessen. Wie verlautet, werden die Landtagswahlen in Hessen am 15. oder 22. November stattfinden.

Neuer Artikulationsbegehren. Auf der Sitzung des internationalen Komitees für Nordpolforschung wurde beschlossen, im Jahre 1922 einen neuen Artikulationsvertrag mit dem „Graf Zeppelin“ durchzuführen.

Aus der Umgegend.

Neuba, 10. September.

— Anfall durch Radfahrer. Häufig erbrechen sich junge Burken während des Turnunterrichts mit dem Rade über den Schulplatz zu fahren, obwohl sie wissen müßten, daß dadurch ein Unglück entstehen kann und daß es auch nicht statthaft ist. So fuhr heute ein junger Mann während der Turnstunde in ziemlich schnellem Tempo von der Schachbarade zur Brücke am Schulteich und geriet, ohne ein Klingelzeichen zu geben, zwischen eine Schachbarade. Der Schüler R. Wölger wurde von ihm zur Seite geschleudert und an beiden Armen und auf der Brust verletzt. Ob innere Verletzungen entstanden sind, läßt sich noch nicht erkennen. Der Fahrer selbst flog im Sando nach vorn und behädigte auch sein Rad arg. Natürlich wird er für seine leichtsinnige Handlungsweise auch noch eine Strafe zu erwarten haben. Der Schulplatz darf auf keinen Fall, das nachmittags nicht, von Radfahrern benutzt werden; denn immer befinden sich dort turnende oder spielende Kinder, die einen kommenden Radfahrer nicht bemerken und deren unvorhergesehenen Bewegungen ein Radfahrer im entscheidenden Augenblick nicht ausweichen kann.

— Jahresbericht des Gauess Mittelteil im Reichsverband für deutsche Jugendherbergen. Der Gau Mittelteil im Reichsverband für deutsche Jugendherbergen gibt folgende letzten Jahresbericht. Das Gaugebiet umfaßt die Mit-

Mark, den Harz, Land Anhalt und die thüringische Provinz Sachsen bis an die thüringische Landesgrenze. In diesem Gebiet sind 134 Jugendherbergen vorhanden. Die Zahl der Uebernachtungen im Jahre 1930 betrug 254 532. Davon waren männliche 170 243, weibliche 84 289. Die meist besuchten Herbergen sind Wertgerode mit 18 193 Uebernachtungen, Altendorf mit 14 917, Braunlage mit 13 991 Uebernachtungen. Weisenfels hat im Jahre 1930 nur 1600 Uebernachtungen aufzuweisen, eine immerhin beträchtliche Zahl, wenn wir berücksichtigen, daß wir noch nicht im eigentlichen Wandergebiet liegen. Die genannten Zahlen müssen beweisen, wie sehr die Benutzung der Jugendherbergen bereits zur Selbstverständlichkeit geworden ist. Vielen Jugendlichen und auch zahlreichen Erwachsenen ist heute eine Ferienfahrt nur dadurch noch möglich, daß sie die billige und oft beste Uebernachtung in der Jugendherberge finden können. So hat sich der allgemeine Gedanke des Wanderns mit der Benutzung der Jugendherberge zu einer Selbstverständlichkeit entwickelt. Neu entstanden ist in dem Gaugebiet an Jugendherbergen eine sehr schön eingerichtete Herberge in der Döllinger-Wäldle, die auch für uns sehr leicht erreichbar ist, haben wir auch in der Nähe des herrlichen Wandergebietes der Ester-See zwischen Merberg und Leipzig. Eine unserer Wanderherbergen, aber auch allen Wanderherbergen sehr zu empfehlende Herberge ist zu Witten an der Saale entstanden, mit völlig neuer Einrichtung. Ebenfalls vorwiegend für Wasserwanderer, sehr gut ausgestattet die Burg Altschön an der Saale. Neu eingerichtete Jugendherbergen sind auch in Taura bei Torgau und in Belgart entstanden. Im Harz ist ein Neubau in Sargrode eingeweiht und in Planenburg und Queisburg wurde ebenfalls ein Haus aus Jugendherberge ausgebaut. Soll das Jugendherbergsnetz eine gesunde Fortentwicklung nehmen, so ist unbedingt notwendig, daß in noch weitergehender Nähe die Gesamtbevölkerung Anteil nimmt. Es muß noch mehr gewandert werden. Der Segen der Jugendherbergen muß einer vielfältigen Zahl von Jugendlichen zugute kommen. Unsere Ortsgruppe für den Kreis Weisenfels, Geschäftsstelle Uelze-Braunamtsstraße 26, ist gern bereit, jedem Wanderer, jeder Gruppe und jeder Schule Ratsschlüsse zu erteilen, wie man zweckmäßig und billig wandert und wohnen kann seine Wanderung lenkt. Aber auch allen anderen Menschen, die irgend etwas tun können, das der Gesundheitlicher unserer Jugend dient, werden gebeten, einem solchen Werke ihre Mithilfe nicht zu verweigern. Alle näheren Auskünfte durch obgenannte Geschäftsstelle, für Nothelfer: Herr Rektor Thurov.

— Jugenderänderung. Vom Sonntag, den 13. September d. J. verkehrt der Personenzug 683 auf der Strecke Oertrödingen—Wittich auch an den Sonntagen in der Verkehrsleistung, und zwar wie folgt: Oertrödingen ab 8⁰⁷ (bisher 8²⁰), Wiedersödingen ab 8¹⁷ (bisher 8³⁰), Wittich ab 8²⁴ (bisher 8³⁷).

— Wandererwerbseinkünfte. In dem die Gewerbebetrieb im Umherziehen im Jahre 1932 fortzuführen oder zu beginnen beabsichtigen, haben die Anträge auf Erteilung von Wandererwerbseinkünften bis zum 1. Oktober d. J. bei den zuständigen Polizeiverwaltungen oder Sexten Amtspräsidenten zu stellen, weil bei der Menge der Anträge und wegen der erforderlich werdenden Ermittlung die Ausfertigung längere Zeit in Anspruch nimmt und die Ausübung der Einkünfte bis zu Beginn des neuen Jahres sonst nicht gewährleistet werden kann.

— Nothelfer. [Schulfragen]. Der Schulvorstand beriet am Montagabend u. a. über die Zukunft der Regierung, wenn eventueller Einschulung der Kinder von Weisenfels in die Volksschule Nothelfer. Bei einer kürzlich stattgefundenen Revision der Schul- und Lehrverhältnisse in Weisenfels ist festgestellt worden, daß sich in dem alten Seminar einer Nothelfer gebildet haben und der weitere Bestand nicht aufzufüllen ist. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, in absehbarer Zeit die Schule in andere Räume, oder die Kinder in die Nachbarschule Nothelfer zu überführen. In der Schulvorstand erlangte deshalb die Anfrage, wie er sich dazu stellen, unter Übernahme der u. a. 42 Kinder in die hiesige Schule mit der Gemeinde Weisenfels einen Gesamt-Schulvorstand zu bilden, oder die Kinder teilweise in die Volksschule Nothelfer aufzunehmen. Die Bildung eines Gesamtschulvorstandes wurde einstimmig abgelehnt, dagegen erklärte sich der Schulvorstand mit der teilweise Einschulung der Kinder einverstanden. Die Frage wird auch die Gemeindevorstand in nächster Zeit noch beschäftigen. Das Schwerkrieg liegt natürlich bei der Gemeinde Weisenfels. Dem Schulleiter, die Kinder in ein adäquates Schulsystem einzuführen, steht der Nothelfer des weiten Schulweges gegenüber, deshalb wird wohl von der Elternschaft keine allzu große Gegenliebe für den Plan zu erwarten sein.

— Querfurt. (Der Status des Banthaues Waghsmuth, Zeigler & Co.) Das Banthaus, das vor einigen Wochen im Zusammenhang mit der Zahlungseinstellung des Banthaues J. S. Lehmann in Halle seine Schalter schloß, legt jetzt einen Status vor, der 0,915 Mill. RM. Attio aufweist, von denen 0,021 Mill. RM. Vorratssorderungen abgehen. Giroverpflichtungen aus weiter gegebenen Kundenwechseln betragen 0,328 Mill. RM. Die Passiven stellen sich auf 1,121 Mill. RM., von denen als Sicherheit gegebene Kundenwechsel von 0,035 Mill. RM. abzuziehen sind. Das Banthaus rechnet damit, den Gläubigern bei ruhiger Abwicklung 80 Prozent der Forderungen zurückzahlen zu können.

— Freiburg. (Mitarbeiter Sohm.) Ein heftiger Geschäftsman wurde von seinem 19jährigen Sohn mit dem Bein bedroht. Der Vater hatte ihn vorher des Saufes verdächtigt. In seiner Unglut rief der Vater die Polizei. Der Beamte wollte den Sohn verhaften, der auf das Dach des Banthaues kletterte. Als der Beamte eine Leiter anlegte und aufstieg, warf der Verurteilte die Leiter mit dem Folgenden um. Durch Sinnesänderung eines zweiten Beamten gelang es endlich, den gefährlichen jungen Mann auf dem Dach zu verhaften.

— Sangerhausen. (Ein Junge vermißt.) Seit Freitag wird der 10jährige Johann Jach, wohnhaft in der Engelsburg, vermißt. Der Junge ist an diesem Tage nicht zur Schule gekommen, aber auch nicht nach Hause zurückgekehrt. Seine Angehörigen sind in schwerer Sorge, da man keinerlei Anhalt hat, weshalb der Junge sich entfernt hat. Er ist mittelgroß, trägt dunkelbraunen Mantel, schwarze Schuhe und schwarze Hose. In seiner Kleidung hat er nicht bei sich gehabt. Beim Aufsuchen des Vermißten benachrichtigt man umgehend die Polizeiverwaltung oder seine Angehörigen.

Nebräer Anzeiger

Wöchentliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wihl. Sauer in Köpchen.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Köpchen.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Köpchen Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 30 mm breite Millimeterzeile im Restamtteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 108

Donnerstag, den 10. September 1931

44. Jahrgang

Verzicht auf eine Debatte.

Das Haager Gutachten über die Jullonien vom Rat ohne Ausdrücke zur Kenntnis genommen.

Genf, 7. September.

Nach Eröffnung der 12. Vollversammlung des Völkerbundes trat der Rat am 7. September zu einer Sitzung zusammen. Den wichtigsten Punkt der Verhandlung bildete die Stellungnahme zu dem Gutachten des Haager Gerichtshofes. Eröffnet wurde die Sitzung mit der Beratung des ungarischer Antrags auf Prüfung der finanziellen Lage Ungarns, der gleichzeitig an das Finanzkomitee zur Weiterberatung überwiesen wurde. Alsdann sprach der griechische Ministerpräsident Benizelos über den griechisch-bulgarischen Reparationsstreit.

Zum Schluß der Sitzung leitete der Ratspräsident mit, daß eine Ausfertigung des Haager Gutachtens noch nicht eingegangen sei, daß ihm aber ein telephonischer Antrag die Ablesung des Textes befristet worden sei.

Anschließend trat am 3. September im Europaausschuß abgegebene Erklärungen, über die den Ratsmitgliedern ein Protokoll offiziell zugegangen sei, so führte der Ratspräsident weiter aus, befinde für ihn kein Anlaß mehr vorzuliegen, die Prüfung der Angelegenheit weiter zu verfolgen.

Er sprach dem Haager Gerichtshof den Dank aus für die rasche und vollständige Erledigung der ihm übertragenen Aufgabe. Auf Vorschlag des Ratspräsidenten wurde darauf folgende Entschließung einstimmig ohne Ausdrücke angenommen.

„Der Rat nimmt von dem Gutachten des Haager Gerichtshofes über das Projekt einer deutsch-österreichischen Jullonien Kenntnis. Mit Rücksicht auf die am 3. September im europäischen Studienausschuß abgegebenen Erklärungen ist er der Auffassung, daß für ihn kein Anlaß mehr besteht, die Prüfung der Angelegenheit fortzusetzen.“

Deutschland in den Völkerbundsaußschüssen.

Die deutsche Abordnung wird in sechs großen Ausschüssen der Völkerbundsversammlung folgendermaßen vertreten sein: Erster Ausschuß (Rechtswesen) Dr. Curtius Gauß und Göppert sowie Professor Wendelsjöhn; zweiter Ausschuß (Wirtschaft und Finanzen) Lammer, Melchior und Kemper; dritter Ausschuß (Arbeitsfragen) Graf Bernstorff und von Weizsäcker; vierter Ausschuß (Sachverständigenrat des Völkerbundes) Graf Bernstorff; fünfter Ausschuß (Soziale und hygienische Fragen) Franke, Linder und Frau Johanna Jarnack; sechster Ausschuß (Politische und Nahrungsmittelfragen) Dr. Curtius, Gauß und Mutius.

Die Vizepräsidenten des Völkerbundes

Curtius für Mexiko eintritt.

Genf, 9. September

An der Völkerbundsversammlung hat sich das Präsidium konstituiert. Bei der Wahl der sechs Vizepräsidenten erhielten Briand 44, Lord Robert Cecil 43, Yoshikawa 43, Dr. Curtius 42, Graf Apponyi 39 und Restrepo (Kolumbien) 32 Stimmen. Die Wahl erfolgte in geheimer Abstimmung. Von den 52 anwesenden Delegationen hatten sich 48 beteiligt. Die Wahl des deutschen Delegierten wurde ebenso wie die des Grafen Apponyi von der Befürwortung mit Beifall begrüßt.

Hierauf beschloß die Völkerbundsversammlung, in die sofortige Beratung des Antrags, eine Sympathiebewegung nach Mexiko zu entsenden, einzutreten. Als erster Redner ergriß

Reichsaussenminister Dr. Curtius

das sich Mexiko ununterbrochen, habe ich den Unterschieden zwischen den spanischen und französischen Aufgaben des Landes ein und je klein Kreis zur Realität wird ein Völkerbund anerkannt. In dem Lande ebenfalls, wenn jene Aufnahme stellen. Dr. Curtius, der der französische Außenminister ist, sowie und Kolumbien. Die Entscheidung an sich einleitet, dem wertvolle Mittel an eingebunden.

Nachdem die Versammlung noch eine von der britischen Delegation vorgeschlagene Sympathiebewegung für China hinsichtlich der Ueberflutungsstaatsfrage im Jantse-Tal angenommen hatte, wurde die allgemeine politische Aussprache eröffnet.

Grandis Abrüstungsrede.

Als erster Redner nahm der italienische Außenminister Grandis das Wort. Im Mittelpunkt seiner Ausführungen stand die Abrüstungsfrage, die wie er sagte, nach Ansicht der italienischen Regierung der Summationspunkt sei, um den sich alle anderen Probleme drehen. Grandis ging zunächst auf die Zusammenhänge zwischen Abrüstung, Sicherheit und Schiedsgerichtsbarkeit ein, wobei er wiederum besonders betonte, daß die wahre Sicherheit eine effektive Abrüstung zur Voraussetzung habe.

Die Völkerbundsaußlegung, so führte Grandis aus, verpflichte uns, abzurufen. Diese Verpflichtung ergebe sich aber nicht aus anderen, tieferen Gründen. Das Bewußtsein der Solidarität der Völker sei stärker geworden. Grandis verwies in diesem Zusammenhang auf die großzügige Initiative des Präsidenten der Vereinigten Staaten, Hoover.

Italien verlangt Abrüstungstillstand.

In seinen weiteren Ausführungen erklärte Grandis: Die italienische Regierung schlägt vor, daß man bereits jetzt und unverzüglich einen Waffen- und wahren Stillstand der Rüstungen — wenigstens während der Dauer der Abrüstungskonferenz — beschließt. Die Mächte müssen gegenwärtig die Frage prüfen, ob nicht während des Zeitraumes der Vorbereitung der Abrüstungskonferenz diejenigen Staaten, die sich endgültig verpflichtet haben, an der Konferenz teilzunehmen, bereits vorübergehende Maßnahmen ergreifen können.

Der Völkerbundrat hat seinerseits den Vorschlag gemacht, vor der Abrüstungskonferenz eine vorbereitende Sitzung einberufen zu lassen, die die notwendigen Empfehlungen erteilen und die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen. Ein entscheidendes allgemeines Abkommen zwischen den Staaten in dem Sinne, daß die Staaten darin einig sind, die Durchführung ihrer neuen Abrüstungsprogramme zeitweilig während der Dauer der Abrüstungskonferenz einzustellen, würde den Völkern ein erstes Beispiel des guten Willens der Regierungen zeigen und würde andererseits für die Abrüstungskonferenz eine ethische und vertrauensvolle politische sowie psychologische Atmosphäre schaffen, die mehr als jede grundsätzliche Erklärung zu dem Erfolg der Abrüstungskonferenz beitragen wird.

Ein großer Tag.

Eröffnungssitzung des Unterhauses.

London, 9. September.

Bei seinem Zutritt zeigte das Unterhaus ein völlig anderes Bild als in der letzten Sitzung. Fast alle Mitglieder der Arbeiterpartei sind in die Ränge der Opposition eingereiht, während die Konservativen mit den Liberalen auf den Regierungsbänken Platz genommen haben. In Erwiderung auf eine Frage Hendersons im Unterhaus erklärte Macdonald, die Regierung werde die Vertrauensfrage stellen.

Als dann Henderon auf den Wunsch der Regierung antwortete, die Debatte über die Entschlossenheit zum Budget am Donnerstag abzuschließen, und gegen eine solche Überführung in einem Augenblick der Hitze protestierte, ereignete sich unter dem Beifall der Anhänger der Regierung und dem Gegenbeifall der Opposition der erste Zusammenstoß zwischen Henderon und seinem früheren Führer, Macdonald erwiderte factually, er freue sich, daß Henderon zugebe, daß man sich in einer Krise befinde.

Darauf wurde eine förmliche Wochensitzung verlesen, in der es heißt: Nach Auffassung der Minister Seiner Majestät macht es die gegenwärtige Lage der Finanzen des Landes notwendig, zusätzliche Steuern zu erheben und Abstriche an den Ausgaben vorzunehmen. Seine Majestät unterbreitet die Frage seinem treuen Unterhaus zur Prüfung und hofft, daß dieses die entsprechenden Maßnahmen beschließen werde.

Im Anschluß an die Thronrede empfahl Macdonald die Einleitung eines „Aussschusses für Mittel und Wege“, wobei er sich auch kurz über die Vorgehensweise der Kräfte äußerte. Was die Kürzungen betreffe, werde er selbst 20 000 Mark zu tragen haben. In der dritten Augustwoche, so betonte er, seien die Kredite erschöpft und England gezwungen gewesen, eine neue Anleihe aufzunehmen, um eine Erschütterung der Währung zu verhindern. Die Regierung habe kraftvoll und ohne Rücksicht auf die Parteimalchine handeln müssen. Sei die Krise überwunden, dann könne man sich wieder Fragen wie der der Kriegsschulden zuwenden.

Wenn von der Opposition gelagt werde, die Finanzen habe die Ereignisse beeinflusst und wolle den Staat kontrollieren, dann solle er fest, daß diese Behauptung jeder Berechtigung entbehre. Angesichts der weitreichenden Verhandlungen, die ziemlich bald über die Reparationsabkommen begonnen werden müssen, und mit deren Erörterung nur angefangen werden könnte, wenn der allerbeste Wille zwischen Frankreich, Amerika und England geschaffen sei, müsse die Nation zusammenstehen.

Zu der Frage nach der möglichen Amtsdauer der Regierung betonte Macdonald, daß es ihre Pflicht sein würde,

so lange im Amte zu bleiben, bis die Welt aufs neue davon überzeugt sei, daß der Erdling unangreifbar sei. Wenn das Unterhaus entscheiden würde, daß nicht mehr getan werden könne, dann würde die Regierung bereit sein, ihre Amtsführung dem König zurückzugeben.

Anschließend an Macdonalds Ausführungen betonte der Führer der Opposition

Henderon,

daß man sich, wenn das Budget balanciert werden sollte, an die wenden müsse, die am meisten haben. Zwei Sparmaßnahmen könne die Opposition nicht billigen. Eine Einschränkung in die Wirtschaft der lokalen Dienste und eine Herabsetzung des Lebensstandards durch Beschränkung der Arbeitslosenzahl. Die ehemalige Arbeiterregierung hat Sparmaßnahmen im Umfang von 56 Millionen Pfund profitlich angenommen. Einen Tag nach dieser Annahme wurde mitgeteilt, daß weitere 25 bis 30 Millionen Pfund eingepart werden müßten, und daß in der Hauptsache die Erparnisse zu Lasten der Arbeitslosen erfolgen müßten.

Vorbereitung zum Aufstand.

65 Kommunisten bei militärischen Übungen teilgenommen. Gotha, 9. September.

Die Polizeidirektion Gotha teilt mit, daß eine kommunistische Abteilung in der Für Waltershausen-Langenhain am Ziegenberg eine Belandebühne abteilt. Bei dieser Übung erweckte das Verhalten der Teilnehmer den Verdacht, daß es sich um eine Organisation handelt, die planmäßige Vorbereitungen zum bewaffneten Aufstand trifft. Von der thüringischen Polizeidirektion Gotha wurde alsbald nach Bekanntwerden ein stärkeres Kommando von Schutzpolizei- und Kriminalpolizeibeamten zu weiteren Feststellungen nach dem Gelände am Ziegenberg entsandt.

Es wurden 65 Personen in der Nähe der Schießanlage des Arbeiterschützenvereins Waltershausen und auch in dem Grundstück selbst angetroffen und zwangsgewaltig. Die Feststellungen ergaben, daß die zwangsgewaltigen Personen offenbar zu einer kommunistischen Schulung zusammengekommen waren.

Aus dem vorgefundenen und beschlagnahmten Material konnte ersehen werden, daß es sich um Mitglieder kommunistischer Organisationen handelte, die insbesondere dem Kampfbund gegen den Faschismus angehören. Die Staatsanwaltschaft hat die Angelegenheit zur weiteren Verfolgung in die Hände genommen.

Die Lage am Arbeitsmarkt.

Langsames Ansteigen der Arbeitslosigkeit. Berlin, 9. September.

Am 31. August waren bei den Arbeitsämtern rund 4 195 000 Arbeitslose gemeldet; die Zunahme gegenüber dem letzten Stichtag belief sich auf rund 91 000 und blieb damit hinter der Zunahme in der ersten Hälfte des Monats (rund 114 000) zurück. Die Zahl der Unterhaltungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenversicherung für um rund 96 000 gestiegen, während im vorhergehenden Berichtsabschnitt keine Unterhaltungsleistungen zum erstenmal einen Zugang von rund 49 000 zu verzeichnen hatten.

Am 31. August wurden nach den vorläufigen Zählungen der Arbeitsämter in der Arbeitslosenversicherung rund 1 281 000 (am 16. August 1 225 000), in der Arbeitslosenversicherung für um rund 1 065 000 (am 15. August 1 055 000) Hauptunterhaltungsempfänger betraut. Ingesamt hat die Arbeitslosigkeit seit dem sommerlichen Tiefpunkt nicht härter zugenommen als während der gleichen Entwicklungsperiode des Vorjahres, nur der Ausgangspunkt liegt in diesem Jahre erheblich höher. Die Zahl der Wohlfahrts-erwerbslosen belief sich Ende Juli auf rund 1 068 000.

Jugendliche Arbeitslose im Winter.

Einrichtung von Unterhaltungsleistungen.

Von der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung werden nunmehr die Jöhler über die Beteiligung der jugendlichen Arbeitslosen im letzten Winter befragt, und zwar sind in der Zeit der höchsten Arbeitslosigkeit, vom 1. Januar bis etwa Anfang April 1931 durch die Maßnahmen der Arbeitsämter etwa 120 000 jugendliche Arbeitslose erfaßt worden.

In diesem Ausmaß wurden jugendlichen Arbeitslosen die Teilnahme an beruflichen Bildungseinrichtungen der Arbeitsämter oder anderer Einrichtungen mit Hilfe von Mitteln der Reichsanstalt oder des Reichsarbeitsministeriums ermöglicht. Im Durchschnitt waren 25 v. H. der Gesamtzahl weibliche Arbeitslose.

Eigene Einrichtungen der Arbeitsämter sind nur in wenigen Fällen geschaffen worden. Für die Durchführung der Maßnahmen war der beachtenswerte Umfang maßgebend, daß mehrfach zu sehen die Wertigkeiten, Fabrikräume, Maschinenanlagen für die Beschäftigung jugendlicher Arbeitsloser angeboten wurden, während andererseits unter den Arbeitslosen zahlreiche Ingenieure, Fernschreiber, ehemalige selbständige Handwerkermeister, Facharbeiter und Lehrer als geeignete Kräfte für den Unterricht zur Verfügung standen. Das Interesse der Jugendlichen für praktische, von Fachleuten geleitete Lehrgänge ist — im Gesamtjahr